

Rundbrief November III 2023

In diesem Rundbrief berichten wir über:

- 1- *Wir brauchen einen Waffenstillstand. Jetzt!*
Ansprache von UN-Generalsekretär Antonio Guterres auf der Pressekonferenz in New York am 6. November 2023
- 2- *Interview mit Gideon Levy, Kolumnist der israelischen Tageszeitung "Haaretz"*
- 3- *Gemeinsame Erklärung von UNICEF, WHO, UNFPA und UNRWA zu Frauen und Neugeborenen, die die Hauptlast des Konflikts in Gaza tragen*
- 4- *Stellungnahme der DPG zur Rede von Vizekanzler Robert Habeck vom 02. November im Podcast des Wirtschaftsministeriums*
- 5- *In die Wüste - Israelische Regierung will Einwohner nach Ägypten umsiedeln. Präsident Al-Sisi dagegen*

1. Wir brauchen einen Waffenstillstand. Jetzt!

Ansprache von UN-Generalsekretär Antonio Guterres auf der Pressekonferenz in New York am 6. November 2023

Ich wünsche einen guten Morgen.

Der Alptraum in Gaza ist mehr als eine humanitäre Krise.

Es ist eine Krise der Menschlichkeit.

Der sich verschärfende Konflikt erschüttert die Welt, erschüttert die Region und vernichtet auf tragische Weise so viele unschuldige Leben.



Die Bodenoperationen der israelischen Streitkräfte und die anhaltenden Bombardierungen treffen Zivilisten, Krankenhäuser, Flüchtlingslager, Moscheen, Kirchen und UN-Einrichtungen - inklusive Notunterkünfte.

Es ist niemand mehr sicher.

Gleichzeitig benutzen die Hamas und andere militante Gruppen Zivilisten als menschliche Schutzschilde und feuern weiterhin wahllos Raketen auf Israel ab.

Ich verurteile die abscheulichen Terrorakte der Hamas vom 7. Oktober erneut auf das Schärfste und fordere erneut die sofortige, bedingungslose und sichere Freilassung der im Gazastreifen festgehaltenen Geiseln.

Nichts kann die vorsätzliche Folterung, Tötung, Verletzung und Entführung von Zivilisten rechtfertigen.

Der Schutz der Zivilbevölkerung muss an erster Stelle stehen.

Ich bin zutiefst besorgt über die eindeutigen Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht, deren Zeugen wir sind.

Lassen Sie es mich deutlich sagen: Keine Partei eines bewaffneten Konflikts steht über dem humanitären Völkerrecht.

Meine Damen und Herren von der Presse,

Gaza mutiert zu einem Kinderfriedhof. Berichten zufolge werden jeden Tag Hunderte von *Mädchen und Jungen* getötet oder verletzt.

In den letzten vier Wochen sind mehr *Journalisten* getötet worden als in jedem anderen Konflikt seit drei Jahrzehnten.

Es wurden mehr *Mitarbeiter von Hilfsorganisationen* der Vereinten Nationen getötet als in jedem anderen vergleichbaren Zeitraum in der Geschichte unserer Organisation.

Ich spreche all jenen meine Anerkennung aus, die ihre lebensrettende Arbeit trotz der überwältigenden Herausforderungen und Risiken fortsetzen.

Angesichts der sich abzeichnenden Katastrophe wird die Notwendigkeit eines humanitären Waffenstillstands von Stunde zu Stunde dringlicher.

Die Konfliktparteien - und auch die internationale Gemeinschaft - stehen vor einer dringenden und fundamentalen Verantwortung: das unmenschliche kollektive Leiden zu beenden und die humanitäre Hilfe für den Gazastreifen drastisch auszuweiten.

Heute starten die Vereinten Nationen und unsere Partner einen humanitären Appell in Höhe von 1,2 Milliarden Dollar, um 2,7 Millionen Menschen zu helfen - das ist die gesamte Bevölkerung des Gazastreifens und eine halbe Million Palästinenser im Westjordanland, einschließlich Ostjerusalem.

Einige lebensrettende Hilfsgüter gelangen über den Grenzübergang Rafah von Ägypten nach Gaza.

Aber das Rinnsal der Hilfe ist nicht ausreichend, um das Meer der Not zu stillen.

Um es klar zu sagen: Die Kapazitäten des Grenzübergangs Rafah allein sind nicht ausreichend, um Hilfsgütertransporte im erforderlichen Umfang abzufertigen.

In den letzten zwei Wochen sind nur etwas mehr als 400 Lastwagen in den Gazastreifen gekommen - vor dem Konflikt waren es 500 pro Tag. Und dabei ist der Treibstoff noch gar nicht eingerechnet.

Ohne Treibstoff werden neugeborene Babys in Brutkästen und Patienten, die lebenserhaltende Maßnahmen in Anspruch nehmen, sterben.

Wasser kann weder gepumpt noch gereinigt werden.

Schon bald könnten rohe Abwässer in die Straßen fluten und Krankheiten weiterverbreiten.

Mit Hilfsgütern beladene Lastwagen werden auf der Strecke bleiben.

Der Weg nach vorn ist klar.

Ein humanitärer Waffenstillstand. **Und zwar jetzt.**

Alle Parteien müssen ihren Verpflichtungen aus dem humanitären Völkerrecht nachkommen. **Jetzt.**

Das bedeutet die bedingungslose Freilassung der Geiseln in Gaza. **Jetzt.**

Der Schutz von Zivilisten, Krankenhäusern, UN-Einrichtungen, Unterkünften und Schulen. **Jetzt.**

Mehr Nahrungsmittel, mehr Wasser, mehr Medikamente und natürlich Treibstoff - sicher, schnell und in der benötigten Menge nach Gaza. **Jetzt.**

Ungehinderter Zugang zur Versorgung aller bedürftigen Menschen in Gaza. **Jetzt.**

Ein Ende des Einsatzes von Zivilisten als menschliche Schutzschilde. **Jetzt.**

Keiner dieser Appelle sollte von den anderen abhängig gemacht werden.

Und für all das brauchen wir mehr Mittel. **Jetzt.**

Keiner dieser Appelle darf Bedingung für die anderen sein.

Und neben all diesem: Wir brauchen mehr Finanzmittel. **Jetzt.**

Darüber hinaus bin ich weiterhin zutiefst besorgt über die zunehmende Gewalt und die Ausweitung des Konflikts.

Das besetzte Westjordanland, einschließlich Ostjerusalem, befindet sich am Siedepunkt.

Wir dürfen aber auch nicht vergessen, dass die Gefahr eines Übergreifens des Konflikts auf die gesamte Region besteht.

Wir sind bereits Zeuge einer Eskalationsspirale, die sich vom Libanon und Syrien bis zum Irak und Jemen erstreckt.

Diese Eskalation muss gestoppt werden.

Kühle Köpfe und diplomatische Bemühungen müssen sich die Oberhand gewinnen.

Die hasserfüllte Rhetorik und provokative Aktionen müssen aufhören.

Ich bin zutiefst beunruhigt über die Zunahme von Antisemitismus und antimuslimischer Bigotterie.

Jüdische und muslimische Gemeinden in vielen Teilen der Welt sind in höchster Alarmbereitschaft und fürchten um ihre persönliche Sicherheit.

Die Emotionen kochen hoch. Die Spannungen sind enorm.

Die Bilder des Leids sind herzzerreißend und erschütternd.

Dennoch müssen wir einen Weg finden, unsere gemeinsame Menschlichkeit zu bewahren.

Ich denke an die Zivilbevölkerung im Gazastreifen - die überwiegende Mehrheit sind Frauen und Kinder -, die unter dem unerbittlichen Bombardement in Todesangst leben.

Ich traure mit der UN-Familie um 89 unserer UNRWA-Kollegen, die in Gaza getötet wurden - viele von ihnen zusammen mit ihren Familienangehörigen.

Unter ihnen sind Lehrer, Schuldirektoren, Ärzte, Ingenieure, Wachleute, Hilfskräfte und eine junge Frau namens Mai.

Weder ihre Muskeldystrophie noch ihr Rollstuhl konnten Mai von ihren Träumen abhalten. Sie war eine Spitzenstudentin, wurde Softwareentwicklerin und widmete ihre Fähigkeiten der Arbeit an der Informationstechnologie für das UNRWA.

Ihr Beispiel inspiriert mich zutiefst.

Ich denke an all diejenigen, die vor fast einem Monat in Israel gefoltert und getötet wurden, und an die Geiseln, die aus ihren Häusern, ihren Familien und ihren Freunden entführt wurden, während sie einfach nur ihr Leben lebten.

Vor zehn Tagen habe ich mich mit einigen Familienangehörigen dieser Geiseln getroffen.

Ich hörte ihre Geschichten, spürte ihren Schmerz und war von ihrem Mitgefühl tief bewegt.

Ich werde niemals aufhören, mich für ihre sofortige Freilassung einzusetzen. Das ist an sich schon essentiell und von zentraler Bedeutung für die Lösung vieler anderer Probleme.

Eine Mutter teilte mir auf bewegende Weise ihre Verzweiflung über ihren entführten Sohn Hersh mit.

Sie sprach auch vor dem Sicherheitsrat - und sagte zum Thema der Konfrontation mit Hass:

"Wenn man sich nur dann empört, wenn die Babys der einen Seite getötet werden, dann ist der moralische Kompass kaputt und die Menschlichkeit gebrochen."

Selbst in ihrer völligen Verzweiflung trat sie vor die Welt und erinnerte uns:

"In einem Wettbewerb des Schmerzes gibt es nie einen Gewinner."

Wir müssen jetzt handeln, um einen Ausweg aus dieser brutalen, schrecklichen, quälenden Sackgasse der Zerstörung zu finden.

Wir müssen helfen, den Schmerz und das Leiden zu beenden.

Damit wir die Gebrochenen heilen können.

Und wir müssen helfen, den Weg zum Frieden zu ebnen, zu einer Zweistaatenlösung, damit Israelis und Palästinenser in Frieden und Sicherheit leben können.

Ich danke Ihnen.

Quelle: <https://www.un.org/sg/en/content/sg/speeches/2023-11-06/secretary-generals-press-conference-the-middle-east>

2. Interview mit Gideon Levy, Kolumnist der israelischen Tageszeitung "Haaretz"

Stand: 07.11.2023 22:50 Uhr

Interview mit Gideon Levy, Kolumnist der israelischen Tageszeitung "Haaretz"



Player: videoInterview mit Gideon Levy, Kolumnist der israelischen Tageszeitung "Haaretz" 8 Min

[Interview mit Gideon Levy, Kolumnist der israelischen Tageszeitung "Haaretz" | tagesschau.de](https://www.tagesschau.de/interview-mit-gideon-levy-kolumnist-der-israelischen-tageszeitung-haaretz)

tagesschau24

3. Gemeinsame Erklärung von UNICEF, WHO, UNFPA und UNRWA zu Frauen und Neugeborenen, die die Hauptlast des Konflikts in Gaza tragen

Ost-Jerusalem/Genf/New York, 3. November 2023 - Frauen, Kinder und Neugeborene in Gaza tragen unverhältnismäßig stark die Last der Eskalation der Feindseligkeiten in den besetzten palästinensischen Gebieten, sowohl als Opfer als auch durch den eingeschränkten Zugang zu Gesundheitsdiensten, warnen das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF), das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA), der Organisation der Vereinten Nationen für sexuelle und reproduktive Gesundheit (UNFPA) und der Weltgesundheitsorganisation (WHO).

Bis zum 3. November wurden nach Angaben des Gesundheitsministeriums 2326 Frauen und 3760 Kinder im Gazastreifen getötet, was 67% aller Opfer entspricht, während Tausende weitere verletzt wurden. Das bedeutet, dass jeden Tag 420 Kinder getötet oder verletzt werden, von denen einige erst wenige Monate alt sind.

Die Bombardements, beschädigte oder nicht funktionierende Gesundheitseinrichtungen, massive Vertreibungen, zusammenbrechende Wasser- und Stromversorgungen sowie der eingeschränkte Zugang zu Lebensmitteln und Medikamenten beeinträchtigen die Gesundheitsversorgung von Müttern, Neugeborenen und Kindern erheblich. In Gaza gibt es schätzungsweise 50 000 schwangere Frauen, von denen täglich mehr als 180 Kinder zur Welt kommen. Fünfzehn Prozent von ihnen leiden wahrscheinlich unter Schwangerschafts- oder Geburtskomplikationen und benötigen zusätzliche medizinische Versorgung.

Diese Frauen haben keinen Zugang zu den geburtshilflichen Notfalldiensten, die sie benötigen, um sicher zu entbinden und ihre Neugeborenen zu versorgen. Da 14 Krankenhäuser und 45 Zentren der primären Gesundheitsversorgung geschlossen sind, müssen einige Frauen in Notunterkünften, in ihren Häusern, auf der Straße inmitten von Trümmern oder in überlasteten Gesundheitseinrichtungen gebären, wo sich die sanitären Bedingungen verschlechtern und das Risiko von Infektionen und medizinischen Komplikationen steigt. Auch Gesundheitseinrichtungen geraten unter Beschuss – am 1. November wurde das Al-Hilo-Krankenhaus, eine wichtige Entbindungsklinik, beschossen.

Es wird erwartet, dass die Müttersterblichkeit aufgrund des fehlenden Zugangs zu angemessener Versorgung zunehmen wird. Der psychologische Tribut der Feindseligkeiten hat auch direkte – und manchmal tödliche – Folgen für die reproduktive Gesundheit, einschließlich eines Anstiegs stressbedingter Fehlgeburten, Totgeburten und Frühgeburten.

Vor der Eskalation war die Mangelernährung bei schwangeren Frauen bereits hoch, mit Auswirkungen auf das Überleben und die Entwicklung von Kindern. Da sich der Zugang zu Nahrung und Wasser verschlechtert, haben Mütter Schwierigkeiten, ihre Familien zu ernähren und zu versorgen, was das Risiko von Unterernährung, Krankheiten und Tod erhöht.

Auch das Leben von Neugeborenen hängt am seidenen Faden. Wenn den Krankenhäusern der Treibstoff ausgeht, wird das Leben von schätzungsweise 130 Frühgeborenen, die auf Neugeborenen- und Intensivpflege angewiesen sind, bedroht sein, da Brutkästen und andere medizinische Geräte nicht mehr funktionieren.

Mehr als die Hälfte der Bevölkerung von Gaza lebt derzeit in UNRWA-Einrichtungen unter katastrophalen Bedingungen mit unzureichender Wasser- und Lebensmittelversorgung, was zu Hunger und Unterernährung, Dehydrierung und der Ausbreitung von durch Wasser übertragenen Krankheiten führt. Nach ersten Schätzungen der UNRWA benötigen 4600 vertriebene Schwangere und etwa 380 Neugeborene, die in diesen Einrichtungen leben, medizinische Hilfe. Es wurden bereits mehr als 22 500 Fälle von akuten Atemwegsinfektionen und 12 000 Fälle von Durchfall gemeldet, was angesichts der hohen Mangelernährungsraten besonders besorgniserregend ist.

Trotz des Mangels an dauerhaftem und sicherem Zugang haben UN-Organisationen lebensrettende Medikamente und Ausrüstung nach Gaza geschickt, darunter Hilfsgüter für Neugeborene und reproduktive Gesundheitsversorgung. Aber es ist noch viel mehr nötig, um die immensen Bedürfnisse der Zivilbevölkerung zu befriedigen, einschließlich schwangerer Frauen, Kinder und Neugeborener. Humanitäre Organisationen brauchen dringend einen dauerhaften und sicheren Zugang, um mehr Medikamente, Lebensmittel, Wasser und Treibstoff nach Gaza zu bringen. Seit dem 7. Oktober ist kein Treibstoff mehr in den Gazastreifen gelangt. Hilfsorganisationen müssen sofort mit Treibstoff versorgt werden, um Krankenhäuser, Wasserwerke und Bäckereien weiter unterstützen zu können.

Eine sofortige humanitäre Pause ist notwendig, um das Leid zu lindern und zu verhindern, dass eine zweifelte Situation zu einer Katastrophe wird. Alle Konfliktparteien müssen sich an ihre Verpflichtungen nach dem humanitären Völkerrecht zum Schutz der Zivilbevölkerung und der zivilen Infrastruktur, einschließlich der Gesundheitsversorgung, halten. Alle Zivilisten, einschließlich der Geiseln, die derzeit in Gaza festgehalten werden, haben das Recht auf medizinische Versorgung. Alle Geiseln müssen unverzüglich und

unter Auflagen freigelassen werden. Insbesondere müssen alle Parteien Kinder vor Schaden schützen und ihnen den besonderen Schutz gewähren, auf den sie nach den internationalen humanitären und Menschenrechtsnormen Anspruch haben.

Quelle: [Unicef](#)

4. Stellungnahme der DPG zur Rede von Vizekanzler Robert Habeck vom 02. November im Podcast des Wirtschaftsministeriums

<https://www.youtube.com/watch?v=ZBtAtsdco-8>

Sehr geehrter Herr Habeck,

zum Zeitpunkt, als Ihre Rede erstmalig ausgestrahlt wurde, waren bereit 8.000 Palästinenser, darunter über 3000 Kinder im israelischen Bombenhagel gestorben. Während das Massaker im Gazastreifen immer stärker Züge eines Genozids annimmt, unterstellen Sie Palästinensern, die von ihrem Demonstrationsrecht Gebrauch machen, Antisemitismus. Sie rücken Palästinenser, die zum Teil selber Angehörige bei der Bombardierung des Gazastreifens verloren haben und diese gemeinsam öffentlich betrauern in die Tradition des europäischen Antisemitismus.

Haben Sie sich schon einmal gefragt, warum diese Demonstrationen immer nur dann stattfinden, wenn im Nahen Osten Verbrechen an der palästinensischen Bevölkerung begangen werden. Antisemitismus ist doch eine verfestigte Einstellung. Wie kann es dann sein, dass diese verfestigte Einstellung sich immer nur bei konkreten Anlässen im Nahen Osten bemerkbar macht? Nachdem Sie islamische Migranten und „die Linke“ in Deutschland über mehrere Minuten über ihren angeblichen Antisemitismus belehrt haben, gehen Sie doch noch auf den Nahen Osten ein.

Zu Recht empören Sie sich darüber, dass die Hamas israelische Zivilisten und Kinder „bestialisch abgeschlachtet“ haben (Min. 6:10). Angesichts der Brutalität des Überfalls der Hamas halten auch wir diese Wortwahl für richtig und angemessen. Das Wort „Bedauern“ in Zusammenhang mit über 8000 getöteten Palästinensern kommt in Ihrer Rede hingegen nur einmal vor, nämlich als Sie Putin vorwerfen, dass er die palästinensischen Opfer bedauert (Min. 5:10). Ist es falsch, getötete Palästinenser zu bedauern, weil Putin dies auch tut? Wenn man sich Ihre Wortwahl und Ihre lakonische Empathielosigkeit zu den palästinensischen Opfern des Massakers im Gazastreifen und des Siedlererrors in der Westbank ansieht, möchte man das fast glauben.

Zu den Palästinensern im Gazastreifen stellen sie fest, dass „Leid und Tod über sie kommt.“ (Min. 7:10). Nein Herr Habeck. Wenn ein 90-jähriger nach einem erfüllten Leben stirbt, kommt der Tod über ihn. Wenn ein langjähriger Krebspatient von seinem Leiden erlöst wird, kommt der Tod über ihn. Aber der Tod kam nicht wie eine Naturgewalt über inzwischen über 9000 palästinensische Zivilisten, darunter fast 4000 Kinder. Diese Menschen wurden von israelischen Soldaten mit den modernsten und gefährlichsten Waffen aktiv getötet. Wie viele tausend Palästinenser müssen noch umgebracht werden, bevor sie es verdient haben, auch von Ihnen getötete Menschen genannt zu werden?

Zu den Palästinensern in der Westbank stellen Sie fest, dass ihnen die Siedler Hoffnung, Rechte und zunehmend auch Leben nehmen“. (Min 6:45) Nein, Herr Habeck. Gott schenkt Leben, und Gott nimmt Leben. Aber die jüdischen Siedler nehmen kein Leben. Die jüdischen Siedler ermorden Menschen. Wie viele Palästinenser müssen noch in der Westbank ermordet werden, bevor sie es verdient haben, auch von Ihnen ermordete Menschen genannt zu werden?

Ihre bagatellisierende Ausdrucksweise fällt in eine Zeit, in der der israelische Verteidigungsminister Palästinenser als „menschliche Tiere“ bezeichnet, und kein einziger deutscher Politiker den Anstand besitzt, eine solche Äußerung öffentlich zu verurteilen. Tatsächlich ist das Töten von Palästinensern durch jüdische Siedler in der Westbank inzwischen eine Bagatelle, für die es de facto keine Strafverfolgung mehr gibt. Wir bedauern die geringe Wertschätzung palästinensischer Leben durch den deutschen Vizekanzler. Ihre Wortwahl zu den getöteten Palästinensern halten wir für menschenverachtend, ihre Rede insgesamt für ein Manifest deutscher Doppelmoral.

DPG e.V.

5. In die Wüste - Israelische Regierung will Einwohner nach Ägypten umsiedeln. Präsident Al-Sisi dagegen

Von Jakob Reimann

Wenn es nach der israelischen Regierung ginge, sollten diese im Zuge des aktuellen Krieges nach Ägypten umgesiedelt werden. Doch in Kairo stößt dieser Wunsch auf wenig Gegenliebe, und ein Kriegsverbrechen wäre es ohnehin. Vergangene Woche hatte die israelische Website *Calcalist* von einem Dokument des israelischen Geheimdienstministeriums berichtet. Darin wird ein Plan vorgelegt, nach dem die gesamte Bevölkerung Gazas »auf die Sinaihalbinsel evakuiert« werden soll. Die israelische Regierung hat die Echtheit des Dokuments bestätigt, doch hat Ministerpräsident Netanjahu dessen Bedeutung heruntergespielt: Es handele sich lediglich um ein »Konzeptpapier«.

Laut dem zehneitigen Dokument mit Datum vom 13. Oktober sollen im Anschluss an die Zwangsumsiedlung zunächst Zeltlager, dann dauerhafte Städte im Norden des Sinai errichtet werden. Abschließend würde »eine sterile Zone von mehreren Kilometern« auf ägyptischer Seite der Grenze ausgewiesen, durch die »die Rückkehr der Bevölkerung zu Aktivitäten/Wohnsitzen in der Nähe der Grenze zu Israel« verhindert würde. Das Vorgehen solle mit einer Medienkampagne flankiert werden, um den Vertriebenen »deutlich zu machen, dass es keine Hoffnung auf eine Rückkehr in die Gebiete gibt, die Israel bald besetzen wird«. Um einen Anreiz für Kairo zu schaffen, Millionen Vertriebene aufzunehmen, schlug die Netanjahu-Regierung offenbar vor, die Weltbank dazu zu bewegen, Ägypten »einen erheblichen Teil seiner Schulden« zu erlassen, berichtete die Webseite *Ynet* am Dienstag. Diese beliefen sich im Jahr 2021 auf mehr als zwölf Milliarden US-Dollar. Außerdem hatte Netanjahu versucht, EU-Länder dazu zu bewegen, ihrerseits Druck auf Präsident Abdel Fattah Al-Sisi auszuüben, die vertriebenen Palästinenser aufzunehmen, berichtete die *Financial Times* Anfang der Woche. Schlüsselländer wie Frankreich und Deutschland, aber auch Großbritannien hätten den Vorschlag jedoch als »unrealistisch« zurückgewiesen.

Al-Sisi hat solche Pläne mehrfach kategorisch abgelehnt. Die Bewohner Gazas könnten zumindest temporär in die israelische Negev-Wüste statt in den Sinai umgesiedelt werden, so Al-Sisi am 18. Oktober auf einer Pressekonzferenz mit Bundeskanzler Olaf Scholz in Kairo. Wenn nötig, werde das ägyptische Militär eine Umsiedlung mit Gewalt verhindern, versicherte laut dem PR-Büro der ägyptischen Regierung ein hochrangiger Kommandeur am Dienstag auf einer öffentlichen Veranstaltung in Al-Arisch im nördlichen Sinai. Die Pläne des Geheimdienstministeriums sind nicht die einzigen ihrer Art. Zehn Tage nach Kriegsbeginn am 7. Oktober veröffentlichte der rechte Thinktank Misgav Institute, der vom ehemaligen Sicherheitsberater der israelischen Regierung, Meir Ben Schabbat, geleitet wird, ein weiteres Plädoyer für nichts Geringeres als eine ethnische Säuberung Gazas. »Im Moment gibt es eine einzigartige und seltene Gelegenheit, in Abstimmung mit der ägyptischen Regierung den gesamten Gazastreifen zu evakuieren«, heißt es darin. Das Misgav Institute ist eng vernetzt in der israelischen Politik und den Geheimdiensten und pflegt gute Verbindungen zu Premierminister Benjamin Netanjahu.

In dem Papier wird vorgeschlagen, die Menschen aus Gaza in leerstehende Häuser in zwei Vorstädten Kairo umzusiedeln. Die Kosten für eine Dreizimmerwohnung von 95 Quadratmetern »für eine durchschnittliche Familie von 5,14 Personen aus Gaza«, heißt es dort, beliefen sich auf rund 19.000 US-Dollar. Bei einer vollständigen Umsiedlung entstünden demnach Gesamtkosten von fünf bis acht Milliarden Dollar, die Israel tragen würde. Einerseits seien für die starke israelische Wirtschaft »solche Geldsummen verschwindend gering«, andererseits stellten sie eine »ermutigende Finanzspritze für die ägyptische Wirtschaft« dar. Angesichts des »schwerwiegenden Problems« sei dieser Umsiedlungsplan »eine innovative, billige und praktikable Lösung«. Es wird darauf gedrängt, rasch zu handeln, da »unklar« sei, »wann sich eine solche Gelegenheit wieder ergibt, wenn überhaupt«.

[Ausgabe vom 04.11.2023, Seite 7 / Ausland „Junge Welt“](#)



Auf dem Weg zu Ihnen

Ärzte ohne Grenzen - Palästinensische Gebiete - Spende

Wir sind seit vielen Jahren und aktuell vor Ort. Als medizinische Nothilfeorganisation gilt unsere erste Sorge dem Schutz und der Gesundheit der Zivilbevölkerung

Weiter unter: *Unsere Hilfe in den Palästinensischen Gebieten | Ärzte ohne Grenzen (aerzte-ohne-grenzen.de)*

Spende

Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V.

Kontoverbindung

IBAN: DE90 3706 0590 0000 3392 10

BIC: GENODED1SPK

Spenden: Ärzte ohne Grenzen – Palästina

Schreibe auf ich bin Araber!

Weber-Herzog-Musiktheater – GEGENSTIMMEN – Plattform für neue politische Lieder

Der palästinensische Nationaldichter Mahmoud Darwish hat sein Leben lang über die Erfahrungen der Kolonisierten in Palästina mit dem zionistischen Siedlerkolonialismus Israels geschrieben. Darwish war 7 Jahre alt, als sein Geburtsort Al Birwa, im Juni 1948 von zionistischen Milizen überfallen wurde. Die Bewohner wehrten sich und trieben die Angreifer zurück. Doch am 24. Juni kehrten die Milizen zurück und nahmen das Dorf ein. Die Bewohner wurden vertrieben. Anfang 1949 wurde aus Al Birwa ein Kibbuz.

Text: Mahmoud Derwisch, Musik: Christof Herzog, Gesang und Rezitation Christa Weber, Fotos: Randa Asal, Grafiken: Burhan Karkutli